

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Landblatt für den Bezirk Nagold und für Ultenfeld-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Oktober 18 000 000 M. und Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 3 M. M. | Anzeigenpreis: Die erste Spalte über deren Raum Grundzahl M. 45, Grundzahl einer Reklamenspalte M. 150. Diese Grundzahlen sind mit der Schlüsselzahl 50 000 zu multiplizieren. Bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 231.

Ultenfeld, Donnerstag den 4. Oktober.

Jahrgang 1923

Das Kabinett Stresemann ist zurückgetreten.

Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Der Kabinettswechsel.

WTB. Berlin, 4. Okt. Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch in mehreren Sitzungen mit der Lage beschäftigt. Durch die Ablehnung der sozialdemokratischen Partei, die Sozialgesetzgebung in den Ermächtigungsantrag der Reichsregierung beim Reichstag einzubringen, war eine unüberbrückbare Differenz in der Auffassung der Koalitionsparteien entstanden. In Anbetracht dieser Tatsache beschloß das Kabinett, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten die Demission anbieten zu lassen. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und den bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

Ueber die politischen Vorgänge, welche zu dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann geführt haben, liegen folgende Meldungen vor:

Die Differenzen in der Regierungskoalition, die zum Ausbruch einer offenen Kabinettskrise führten, traten in der Fraktionsführerbesprechung beim Kanzler hervor, die am Dienstag stattfand. Die Reichsregierung beabsichtigt, wie der Kanzler den Parteiführern mitteilte, im Reichstag ein Ermächtigungsgesetz einzubringen, das dem Kabinett Vollmachten geben soll, selbständige Maßnahmen auf sozialpolitischem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet zu treffen. Die Regierung glaubt, daß sie in der gegenwärtigen gespannten Lage einer solchen Ermächtigung bedürfe, um ohne die Hemmungen des normalen Gesetzgebungsbetriebes rasch arbeiten und die schwere Aufgabe, die die Sanierung der Währung und des Staats ihr stellen, ohne Verzögerung durchführen zu können. In Betracht gezogen ist dabei wie man hört, u. a. eine Vereinfachung des Steuersystems, Abbau des Beamtenkörpers, Vereinfachung und Verbilligung der Sozialversicherung, auf der anderen Seite Befreiung der Wirtschaft von gesetzlichen Hemmungen wie Demobilisationsbestimmungen und dergleichen, die Möglichkeit besserer Ausnutzung der Arbeitszeit innerhalb des Rahmens des Achtstundentages, vielleicht auch Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, dann Überwachung der Preispolitik der Grundstoffe und Monopole durch eine Art von Kartellgesetz usw. Die Verordnungen, die die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erläßt, sollen auf Verlangen des Reichstages außer Kraft gesetzt werden können. Die Ermächtigungen sollen zunächst bis zum 31. März 1924 gelten. Schon über den Umfang dieser Ermächtigungen ergaben sich weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Die Sozialdemokraten erhoben Einwendungen gegen die Ausdehnung auf wirtschafts- und sozialpolitische Gegenstände, auf der anderen Seite verlangte Dr. Schulz im Namen der Deutschen Volkspartei, daß die Regierung sich in der vom Kanzler abzugebenden Erklärung von den Forderungen des Achtstundentages gänzlich frei mache und diese Einstellung auch für die Durchführung des Ermächtigungsgesetzes beibehalte.

Weitere Differenzen ergaben sich auch in Bezug auf das Vorgehen gegen Bayern. Während die Regierung glaubte, zunächst von einem unmittelbaren Einschreiten absehen zu sollen, verlangten die Sozialdemokraten, daß durch Reichstagsbeschluss oder durch Eingreifen des Reichspräsidenten die bayerische Ausnahmeverordnung alsbald aufgehoben und Gewähr dafür geschaffen werde, daß das Reichsrecht auch in Bayern angewandt werde.

Eine weitere Komplikation brachte in die Lage die Forderung des Fraktionsführers der Deutschen Volkspartei, daß die Koalition durch Einbeziehung der Deutschnationalen erweitert werde und daß innerhalb des Kabinetts personelle Veränderungen vorgenommen würden. Ohne diese Änderungen könne, so wurde erklärt, die Volkspartei dem Kabinett nicht zu-

stimmen. Wegen dieser Forderung wurde von sozialdemokratischer Seite alsbald Widerspruch erhoben, während das Zentrum und die Demokraten sich zunächst nicht festlegten. Das Zentrum erklärte, daß es ablehnen müsse, die regierende Koalition durch solche personelle Forderungen zu gefährden.

Am Dienstag berieten dann nachmittags die Reichstagsfraktionen über ihre Stellung zu den Streitfragen, die in der Konferenz aufgetaucht waren. Die Sozialdemokraten beschloßen in einer Resolution, die Forderung der Deutschen Volkspartei nach Einbeziehung der Deutschnationalen in die Koalition und nach Veränderung des Kabinetts unbedingt abzulehnen und auch keinerlei Diskussion über die grundsätzliche Geltung des Achtstundentages zuzulassen. Ebenso hielten sie an der Forderung fest, daß der bayerische Ausnahmezustand alsbald beseitigt werden müsse.

Die Deutsche Volkspartei, in deren Fraktionsführung teilweise auch der Kanzler anwesend war, ließ anscheinend das Verlangen nach Vereinnahmung der Deutschnationalen fallen, verlangte aber personelle Veränderungen im Wirtschaftsministerium, im Finanzministerium und im Ernährungsministerium; das letztere wollten sie dem ihrer Fraktion angehörenden Führer des Reichslandbauwesens, Dr. v. Raumer, anvertraut wissen. Sehr auffällig war die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei gegen ihr eigenes Mitglied, den Wirtschaftsminister v. Raumer.

In der Fraktionsführung des Zentrums einigte man sich darauf, im Prinzip an der Großen Koalition festzuhalten, sodas die Hauptverantwortung eines Kurswechsels, der Arbeitsminister Brauns und Herr Stegerwald, ziemlich isoliert blieben.

Die Demokraten erklärten sich ebenfalls dafür, daß man jetzt durch Forderungen nach Erweiterung oder Umbildung des Kabinetts keine Schwierigkeiten schaffe, und stimmte dem Vorschlag eines Ermächtigungsgesetzes im Prinzip zu. Hiernächst einmütig wurde in der Sitzung das beidseitige Bestreben der Deutschen Volkspartei abgelehnt, die Sozialdemokraten durch Forderungen, deren Annahme man ihnen von vornherein nicht zuzumuten könne, aus dem Kabinett hinauszumandrieren.

Als die Parteiführer abends wieder beim Kanzler erschienen — Wirtschaftsminister v. Raumer hatte schon vorher seine Demission eingereicht —, erklärte der Kanzler selbst, daß er keine Möglichkeit für ein Kompromiß mehr sehe. Dr. Stresemann begab sich alsbald zum Reichspräsidenten, um über die Lage Bericht zu erstatten. Die auf den Abend verschobene Reichstagsführung fiel selbstverständlich aus.

(Frankf. Btg.)

Die Entscheidung bei den Sozialdemokraten.

Berlin, 3. Okt. Das Reichskabinett war bis nachts 11 3/4 Uhr zu eingehenden Beratungen versammelt. Wie die T. L. erfährt, wurden in dieser Sitzung Beschlüsse gefasst, die in der Hauptsache die Frage der Umstellung betreffen und die den sozialdemokratischen Fraktionsmitgliedern vorgelegt wurden.

Berlin, 3. Okt. Abg. Müller-Franken (Soz.), der sich zum Reichskanzler nach der sozialdemokratischen Fraktionsführung begab, erhielt den Auftrag, eine neue Formulierung in der Frage der Arbeitszeit vorzulegen. Erst nach der Kabinettsitzung, die am Nachmittag stattfand, soll in den Abendstunden die sozialdemokratische Fraktion zu einer endgültigen Beschlussfassung zusammentreten. Bedeutung wird einem Vorkaufsrecht des „Vorwärts“ beigegeben, der in ungewöhnlich scharfer Ton die Deutsche Volkspartei angreift, deren Politik statt Aufbau lediglich einen Scharfschützen nach dem anderen erziele. Auch auf die Frage der Auflösung des Reichstages geht der „Vorwärts“ ein, — wenn die gegenwärtige Regierung stirbt, so ist kaum noch eine verfassungsmäßige Neubildung einer Regierung möglich. Man spricht heute im Reichstag bereits von einer Auflösung des Reichstages, ohne zu sagen, wer diese Auflösung will und wann die Neuwahlen stattfinden hätten. Offenbar rechnet man schon heute mit einer außerparlamentarischen Diktatur, die unter deutschnationalen Einfluß nach bayrischem Muster steht.

Berlin, 3. Okt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei faßte heute bezüglich der politischen Lage folgende Beschlüsse: 1. In der Frage der Arbeitszeit billigt die Fraktion die Entschlüsse des Kabinetts in seiner gestrigen Sitzung; 2. Die Fraktion ist bereit, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, hält aber aus sachlichen Erwägungen eine andere Besetzung des Reichsfinanzministeriums für unerlässlich.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages nahm in fast 3 1/2 stündiger Sitzung zur Lage Stellung. Das Ergebnis dieser Sitzung geht, wie die T. L. erfährt, dahin: Die Sozialdem. Fraktion lehnt die in Aussicht genommene Arbeitszeitformulierung ab und läßt sich auch nicht auf die Aufgabe eines Postens im Kabinett ein. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß eine einheitliche Auffassung in der sog. Fraktion nicht zum Durchbruch kam, vielmehr standen sich die Auffassungen, ob der Kompromißvorschlag, dem sich auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung angeschlossen hatten, angenommen werden könnte, oder nicht, ziemlich schroff gegenüber.

Eingreifen des Reichspräsidenten.

Berlin, 3. Okt. Nach dem „Vokalanziger“ hat auch Reichspräsident Ebert, als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, mit verschiedenen Parlamentariern Rücksprache genommen. Man erfährt jetzt, daß der Reichspräsident in dieser Besprechung auf seine Parteistreunde maßgebend einwirkte und auf die den Sozialdemokraten unliebsamen Folgen hinwies, die aus einem Rücktritt des Kabinetts Stresemann entstehen müßten.

Der Putsch von Rüstzin.

Ueber die Vorgänge in Rüstzin wird halbamtlich berichtet:

Seit Mitte letzter Woche fanden in der näheren und weiteren Umgebung Berlins Ansammlungen von jungen Leuten statt, die angaben, daß sie sich der Reichswehr zur Verfügung stellen wollten. Der Militärbehörden und die Polizeibehörden veranlaßten, daß sie, wo sie gestellt wurden, zerstreut und wieder nach Hause geschickt wurden. Es lag der Verdacht vor, daß diese Leute unter der Vorherrschaft nationaler Ziele von einer Stelle aus einheitlich angeführt werden, um zu militärischen Verbänden zusammengestellt zu werden und innerpolitischen Zwecken zu dienen. Der Befehrsbefehlshaber erließ deshalb in der Presse am 29. September eine öffentliche Warnung und bekundete die Entschlossenheit, gegen jede Störung der Ruhe und Ordnung rücksichtslos vorzugehen. Als Führer der Bewegung wurde Major a. D. Buchruder ermittelt. Es wurde am 30. September ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Buchruder erkannte offenbar, daß seine Pläne durchkreuzt werden sollten. Er zog deshalb in der Nacht vom 30. Sept. zum 1. Oktober so viele Anhänger, als er erreichen konnte, in Rüstzin zusammen. Sie verbargen sich zunächst im Zeughof, einem alten Festungswerk, worin nur ein Trupp Fortsarbeiter lag, die mit ihnen im Einverständnis handelten. Die Altstadt von Rüstzin, die von Ober und Warthe umflossen und von alten Wällen umgeben ist, läßt sich leicht von außen absperren. An militärischen Gebäuden enthält sie nur die Kommandantur. Die Garnison liegt fast ausschließlich der Warthe. Buchruder scheint beabsichtigt zu haben, durch Ueberrumpelung der Festung Gleichgültigkeit im ganzen Reich zum Vorschlagen zu veranlassen und durch diese Verzweiflungstat sich selbst zu retten. Auf welche Kreise er dabei rechnete, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Im Morgengrauen hielt er die wichtigsten Punkte und Zugänge der Stadt besetzt und begab sich selbst mit anderen Rüstziner Führern in die Kommandantur zu Verhandlungen. Der Kommandant, Oberst Sudovius, ließ sich aber nicht auf Verhandlungen ein, sondern handelte mit größter Energie. Die Führer ließ er ungehört verhaften. Die nachdringenden Stottrupps nahmen eine Wade des Pionierbataillons fest. Vor einer herbeigerufenen Schwadron der Fahrbatterie 3 zogen sich die Aufständischen in den Zeughof zurück, wo sie eingeschlossen wurden.

Das Befehrskommando 3 hatte auf die ersten Nachrichten von den Ereignissen hin den Oberst v. Ebel mit Truppen aller Waffen in Bewegung gesetzt, um den Aufstand unter allen Umständen unterdrücken zu können. Das Pionierbataillon, das keine schweren Waffen besitzt, mußte sich bis zu ihrer Ankunft auf Abwehrmaßnahmen be-

Wunden. Es wies gegen Abend einen Vorstoß kommender Infanterie ab, die zum Teil in Autos von außerhalb kamen, um die Eingekesselten zu entsetzen. Die Angreifenden hatten hierbei 1 Toten, 2 Schwere und 4 Leichtverwundete. Nach Eintreffen von Verstärkungen ergaben sich die im Zeughaus eingekesselten, im ganzen 381 Mann, von denen man 193 als Mordelstörer ansehen kann. Dazu wurden noch 30 Mann festgenommen, die einen Entfahrbetrieb von außerhalb gemacht hatten. Welchen Kreisen die Gefangenen angehören, und welche politischen Ziele sie verfolgen, wird sich im einzelnen erst bei den Vernehmungen feststellen lassen. Die Aburteilung der Festgenommenen erfolgt durch ein außerordentliches Gericht in Cottbus. Gleichartig mit diesen Ereignissen wurde auch die nähere und weitere Umgebung Berlins von Reichswehr und Schutzpolizei streng überwacht, um alle Ansammlungen zu verhindern. Hierbei wurden 200 Mann festgenommen, die sich im Döberitzer Gelände sammelten. Die Nachforschungen werden fortgesetzt. Es scheint jedoch, daß die Bewegung durch das tatkräftige Zusammenwirken des Obersten Gudovius in Küstrin und das schnelle Eingreifen der Truppen, von der jeder Offizier und jeder Mann im vollsten Maße seine Pflicht getan hat, im Keim erstickt wurde.

Das arme Frankreich.

Wie uneigennützig Poincaré in seinem Verständigungswillen die Kräfte Frankreichs opfert, erleiht man aus einem Flugblatt, das kürzlich vom Hauptquartier General Degouttes an Rhein und Ruhr verbreitet wird. Mit großer Papierverschwendung wird hier an der Hand statistischer Tabellen erläutert, wie die Rechte Frankreichs im Laufe der letzten fünf Jahre nach und nach herabgesetzt wurden. Während der sog. Friedensvertrag ihm im Juni 1919 noch hundert Milliarden Goldmark zusagte, ging die Pariser Konferenz zwei Jahre später bereits auf 77 Milliarden zurück, der Beschluß der Reparationskommission im April 1921 auf 88, der Londoner Zahlungsplan im nächsten Monat gar auf 34 und der Zahlungsplan Poincarés vom Dezember 1922, der heute noch — vorläufig! — aufrecht erhalten wird, auf 26 Milliarden. Der wahre Staatshüter vermag nur hinzuzufügen, wieviel Milliarden sich Franzosen und Belgier inzwischen bereits in natura in Deutschland und vor allem im besetzten Gebiete in dieser Zeit schon aneigneten, wieviel Milliarden sie in den letzten neun Monaten allein in bar aus öffentlichen und privaten Kassen raubten und um wieviel sie die öffentliche und Privatwirtschaft während ihres Besuchs im Ruhrgebiet schädigten! Erst aus solcher Gegenüberstellung, vor der sich der Franzmann selbstberühmlich schwer hütet, würde auch dem blödesten Auge klar, daß der ganzen Weltwirtschaft durch die planmäßige Verraubung und Schädigung der deutschen Wirtschaft bereits weit mehr genommen wurde, als nur die hundert Milliarden Goldmark, die man in der Kriegshochzeit so freudig in den Versailler Vertrag einschickte. Wägte das französische Volk von dieser Gegenrechnung, so würde es zuerst einmal mit den Vertretern seiner Rentner abrechnen, die allein durch ihre maßlose Habgier und Gewinnsucht das langsame Hinabgleiten des Franken auf die Spur des Rubels und der Mark verschuldet haben. Vor der Geschichte werden die Zahlen anders gruppiert werden, als es die Propaganda General Degouttes heute für richtig und schlagkräftig empfindet.

Englands Schmach.

Nicht allein Deutschland hat für seine überreichte Abkündigung jetzt bitter zu büßen, auch England muß täglich am eigenen Leibe erfahren, wie unklug es war, dem neuen Frieden zu trauen und Heer und Flotte auf den Friedenszustand zu bringen. Man hat in

London diese Unklugheit mehr als einmal eingesehen und muß jetzt dem mächtigen Frankreich, das über ungezählte Allergeschwader und Langrohrgeschütze verfügt, überall dort nachgeben, wo Paris besonderes Interesse besitzt. Die hohe Politik der letzten vier Jahre hat keinen Zweifel mehr über Englands Ohnmacht gelassen. Wie hochvöll das Regesbewußte und schwer bewaffnete Frankreich seinen ehemaligen Kriegskameraden behandelt, wird gerade dort grell beleuchtet, wo beide Nationen noch miteinander in gleichen Kommissionen arbeiten müssen, wo aber Frankreichs Ansichten allein maßgebend und von ausschlaggebender Bedeutung sind, nämlich im Rheinland. Dieser Tage erst hat sich in der Kölner Zone, also im englisch-besetzten Gebiet, ein Vorfall abgespielt, der für Englands Stellung und Ansehen so tief beschämend und erschütternd war, daß die Engländer sofort alle Maßnahmen ergriffen, um diesen Vorfall nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

In Frechen bei Köln wiesen die Engländer gelegentlich eines Streiks vier Kölner Streikführer aus, die in der benachbarten belgischen Zone Schutz suchten und auch fanden. Bald darauf kehrten sie jedoch zurück, worauf sie von den Engländern hinter Schloß und Riegel gesetzt und ein englischer Posten vor das Hauptlokal gestellt wurde. Die Engländer hatten aber nicht mit den Belgiern, den Schülern des mächtigen Frankreich, gerechnet, die in der gleichen Nacht mit Panzerautos und zahlreichen Mannschaften in die englische Zone einbrachen und unter Bedrohung des englischen Postens die Gefangenen befreiten. Soweit haben sich also die Machtverhältnisse bereits verschoben, daß Frankreich und Belgien gegen die englischen Truppen in der besetzten Ruhrzone mit Waffengewalt vorgehen dürfen, ohne auch nur einen Protest oder gar einen ernstlichen Widerstand seitens der Engländer zu erwarten. So nimmt Frankreich für Paschaba tausendfältige Rache.

Neues vom Tage.

Aus Bayern.

München, 3. Okt. In Berlin waren Gerüchte verbreitet über eine Abdankung des Ministerpräsidenten v. Brüning. An diesen Gerüchten ist kein wahres Wort.

Der Führer der sozialistischen Arbeiterwehr, Puffon, dessen Teilnahme an dem vor etwa zehn Tagen gemeldeten Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Nationalsozialisten erwiesen ist, wurde verhaftet. Puffon ist Württemberger.

Der nationalsozialistische Deutsche Tag in Bamberg wurde vom Generalstaatskommissariat genehmigt, jedoch mit der Einschränkung, daß er auf etwa zwei bis drei Tage beschränkt bleibt.

Die Bergarbeiterverbände zur Arbeitsaufnahme. Gelsenkirchen, 3. Okt. Der Ausruf, welchen die vier Bergarbeiterverbände an die Bergarbeiter des besetzten Gebietes zwecks Wiederaufnahme der Arbeit richteten, hat folgenden Wortlaut: Die Verbände fordern Euch auf, die Arbeit und Förderung sofort in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Kameraden! Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands ist vor allem erforderlich, wenn die gefährdrohende Lage überwunden werden soll.

Keine Arbeit unter der französischen Regie. Essen, 3. Okt. Die in Essen zwischen der französischen und belgischen Regie und den Eisenbahner-Gewerkschaften geführten Verhandlungen sind vorläufig auf einem toten Punkt angelangt. Die Gewerkschaften der Beamtenverbände haben beschlossen, den Dienst nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die Franzosen auf die Forderung des Dienstes und der Abgabe der Pflichtenklärung verzichteten. Weiter wird die Rückkehr sämtlicher Ausgewiesener verlangt. Dieser Beschluß der Eisenbahner ist der Regie durch die Eisenbahndirektion Hamm telegraphisch mitgeteilt worden.

haupten, daß sie immer und in jedem Falle das Rechte trifft; in Ihrem Falle aber glaube ich, würde sie nicht das Unrechte treffen. Meine Mutter wird in einigen Tagen einen Künstlerabend geben, an dem auch Dohren teilnehmen wird. Ich werde sorgen, daß Sie sich ungehindert mit ihm besprechen können. Offenbaren Sie ihm dann ruhig alle Ihre Bedenken, wie Sie es mir getan, er ist ein anständiger Charakter, er wird Ihnen nicht zusprechen, wenn er fühlt, daß die Kunst Ihr Leben nicht auszufüllen vermag. Dann aber, Frühlein Elfriede, wenn auch Dohren der Ansicht ist, daß Sie zur Künstlerin nicht passen, dann raffen Sie sich mutig auf, trauen Sie nicht schimärenhaften Träumen nach, die Wirklichkeit bietet einem jungen, strebenden Geist so viele Strophen, auf denen er zu einem Ziele kommen kann. Es wäre schade um Sie, wenn Sie Ihre jugendfrische Kraft um Nichtigkeiten halber verzeihen wollten."

Nach dieser Aussprache mit dem Professor ist Elfriede ruhiger geworden. Zwar liegt der Gedanke, daß sie auf dem Künstlerfest auch Heinz treffen wird, noch wie ein Dorn auf ihrer Seele, aber sie sucht sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie doch einmal ihm wieder gegenüber treten muß. Doch ist es, als ob das Schicksal ihr jetzt jedes Hindernis, das einer Aussprache mit dem Konzertmeister im Wege steht, hinwegräumen will.

Wenige Tage vor dem Künstlerfest kommt Margret mit sehr niedergeschlagener Miene zu Tisch.

"Denke Dir doch, Onkel Walter, wie abscheulich Dein Hans Heinrich ist. Er will heute abend fortfahren in seine Heimat, gerade vor unserem Tische. Ich hatte mich so gefreut auf diesen Abend, nun ist alle meine Freude dahin." Professor Treugott lacht.

"Das kann ich mir denken, keine Hexe, aber dem Hans Heinrich kann ich das gut nachempfinden, er hat keine Lust, sich wie irgend ein Wundertier anzustarren zu lassen. Du aber müdest Deine neueste Erfindung gerne Deinen Bekannten vorführen."

Die Opfer von Düsseldorf.

Paris, 3. Okt. Habas berichtet aus Düsseldorf, die letzte Untersuchung habe ergeben, daß die Zahl der Opfer beträchtlich höher sei, als zuerst angegeben. 17 Deutsche seien tot, darunter 12 Zivilisten, 3 Schupo- und 2 blaue Polizeibeamte, 91 verwundete Deutsche würden in den Krankenhäusern behandelt. 310 Deutsche hätten sich in ihre Wohnungen begeben können, nachdem sie behandelt worden seien. Zwei Franzosen seien leicht verletzt worden.

Abzug der britischen Truppen aus Konstantinopel. Konstantinopel, 3. Okt. Die Fahne der Verbündeten wurde in sämtlichen Kasernen der Stadt durch türkische Fahnen ersetzt. Die Begrüßungsfeierlichkeiten wurden im Beisein der verbündeten und türkischen Truppen vor dem Palast Dolma Tepe vorgenommen. General Harrington hat mit sämtlichen britischen Truppen die Stadt verlassen und sich an Bord des Dampfers „Arabic“ eingeschifft.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 4. Oktober 1923

Falsche Reichsbanknoten über zwei, zehn, zwanzig und fünfzig Millionen RM. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über „zwei Millionen Mark“ mit dem Datum des 9. Aug. 1923, über „zehn Millionen Mark“, über „zwanzig Millionen Mark“ und über „fünfzig Millionen Mark“ mit dem Datum des 25. Juli 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in dem im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Sicherheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — un schwer zu erkennen sind. Gleichzeitig wird auf den Umlauf von falschen Noten aufmerksam gemacht, die eine von den ersten Reichsbanknoten in Schrift und Zeichnung gänzlich abweichende Ausführung zeigen. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Fälschungsverhältnissen und dahin führende Ausgaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

Briefmarken, die ihre Zeit verfehlten. Die Reichsbank hat vor wenigen Tagen neue Briefmarken zu 5000 RM. herausgegeben und soeben wird angekündigt, daß auch neue Ueberdruckmarken zu 250 000 RM. herausgestellt werden und in Verkehr kommen sollen, — dies zu einem Zeitpunkt, zu dem die Druckerei auf 400 000 RM., der Ortsbrief auf 800 000 RM. und der Fernbrief auf 2 000 000 RM. hinausgeschwollen sind. Aber zu jener Zeit, es war vor 14 Tagen, wo Marken zu 5000 RM. dringend benötigt wurden, gab es keine.

Fahrtreiserermäßigung für Schulkinder. Um in kinderreichen Familien den Schulbesuch für Geschwister zu erleichtern, werden mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab für die Reichseisenbahn für das zweite und für jedes weitere schulpflichtige Kind derselben Familie zu den Schülermonatskarten Nebenkarten zum halben tarifmäßigen Fahrpreise (Weibringung einer entsprechenden Bescheinigung der Ortspolizeibehörde) ausgeben.

Sozial- und Kleinrentnerfürsorge. Die Reichsrichtzahl, die der Berechnung von Unterstützungen für Sozial- und Kleinrentner zugrunde zu legen ist, beträgt 23 Millionen.

Erhöhung der Bierpreise. Der Württ. Brauerverband hat mit Wirkung vom 3. Okt. an die Bierpreise wie folgt festgesetzt: 10 Proz. Lagerbier im Faß 13 Mill. das Liter, im Ausschank das Glas zu 0,3 Liter mindestens 6 Mill., als Flaschenbier die Flasche zu 0,5 Lit. im Einkauf 9, Wiederverkauf aber die Strafe 10 Mill., die Flasche zu 0,7 Lit. 12,5, im Wiederverkauf ab. d. Strafe 14 Mill. Bockbier im Faß das Lit. 15, im Ausschank das Glas zu 0,3 Lit. mindestens 7,5 Mill., als Flaschenbier die Flasche zu 0,6 Lit. im Einkauf 14, im Wiederverkauf ab. d.

Esoterisch.

Das Gott dir gibt, das wahr als Wand
Von seiner Gnad und Treue,
Und schling darum der Liebe Band
Mit jedem Tag aufs neue.
Und was er nimmt, das laß ihm gern,
Es ist wohl aufgehoben;
Sinkt kommt die Zeit, wo du den Herrn,
Auch dafür lernest loben.

Jul. Sturm.

Heimgefunden.

Novelle von Maria Darling.

(34) (Nachdruck verboten.)

Sie erzählt ihm von Dohrens Anerbieten, auch von der anfänglichen Weigerung der Mutter, dann von Frau von Hübshaus Urteil.

Walter Treugott blüht nachdenklich vor sich hin, dann blüht auch er prüfend in Elfriedens Gesicht.

„Meine Schwester hat nicht unrecht, Fräulein Elfriede und Ihre Mutter kann ich nur zu gut verstehen.“

Der Beruf, dem Sie sich zu eigen geben wollen, beansprucht unsere ganze, ungeteilte Kraft und Liebe, eine Zerspaltung gibt es nicht, wollen wir zum Gipfel der Kunst hinaufsteigen und nicht unten im Schatten des Dilettantismus versinken. Trotzdem hat meine Schwester kein Recht, Ihnen ob Ihres geküßelten Wunsches gram zu sein. Jeder Mensch hat das Recht, sich sein Leben nach seiner eigenen Individualität zu gestalten. Wohl haben Eltern und Vorgesetzte das Recht und die Pflicht, Kraft ihrer besseren Einsicht, dem jungen Menschenkind zu raten, aber letzten Endes müssen sie ihm volle Handlungsfreiheit lassen, denn jeder muß sein eigenes Leben ausleben. Das ist meine Ansicht; freilich will ich nicht be-

„Du bist abscheulich, Onkel Walter!“ schmolzt Margret. „Wie konnte ich aber auch bei Dir auf Verständnis hoffen! Du bist gerade wie Hans Heinrich auch. Er lachte mich einfach aus, als ich ihm sagte, ich habe mich so gefreut, mich auf unserem Feste gerade mit ihm unterhalten zu können.“

„Sie werden andere und bessere Gesellschaften haben als mich, kleine Margret!“ lachte er, „und an mich nicht einmal denken.“ „So abscheulich, als ob ich ihn jemals vergessen könnte.“

Die dunklen Augen füllten sich mit Tränen, der rote Mund zuckte wie im Schmerz.

Selbst, wie es kommt, Elfriede weiß es selbst nicht, ihr fällt plötzlich eine große Ähnlichkeit Margrets mit ihrer Schwester Liesel auf.

Nun weiß ich auch, weshalb Heinz dieses Kind lieb hat, sie bringt ihm die Erinnerung an seine Jugendliebe wieder. Vielleicht hat er aus Margrets Äußerungen erfahren, daß sie hier ist, um ihrer Willen meidet er wohl dieses Haus, um ihr zuwillen kommt er nicht zum Künstlerabend, um ihr, die ja ihre Liebe zu ihm verraten hat, ein demütigendes Wiedersehen zu ersparen. Mit der Mutter wird er reden wollen, ihr wird er es sagen, daß er eine neue Liebe gefunden.

Wie Schuppen fällt es ihr von den Augen, seine letzte Karte sollte ja schon die Vorbereitung sein. Wie schrieb er doch? „Ich habe Dir ein großes Glück zu verkünden, grüß mir mein blondlockiges Schwesterlein!“ Ja, als Schwester hat Heinz sie wohl stets betrachtet und sie Dorin hat glauben können, sie könne ihm mehr sein. Nun kann sie aber dem Künstlerabend ruhig entgegengehen, Heinz wird ja nicht da sein. Unumhöflich sei aber steht ihr Entschluß, sich der Kunst zu widmen, sie wird sich von diesem Entschluß nicht mehr abbringen lassen.

(Fortsetzung folgt.)



Frage 16 III. Das Maschinenband wurde auf 87 Mill. erhöht. Beim Verkauf von Maschinen in Wirtschaften sollen die Preise den Betriebskosten entsprechend sein. Die Ausschankpreise des Bieres und des Spezialbiers im 0,3 Literglas verstehen sich ohne den Trinkgeldeaufschlag und ohne die sonst durch die hohen Betriebskosten notwendigen Aufschläge.

Die kommenden Betriebssteigerungen. Im Einvernehmen mit dem Württ. Weinbauverein hat der Verband landw. Genossenschaften in Württemberg eine Vermittlungsstelle für Weinsteigerungen eingerichtet, die unter der Aufsicht Stuttgart 4830 auf Antrag jederzeit Auskunft über die Preissteigerungstermine geben wird.

Kostendarlehen für öffentliche Körperschaften. Nach einem Erlaß des württ. Ministeriums des Innern an die Verwaltungen der großen und mittleren Städte, der Amtsverbände und der Landarmenverbände hat das Reich zur Fortführung der laufenden Verwaltungsgeschäfte weitere 31 Millionen M. zu den für Kostendarlehen bisher üblichen Bedingungen zur Verfügung gestellt.

Spezialverträge nach der Schweiz. In den Zollinhaltsverträgen zu Valentin nach der Schweiz muß nach amtlicher Anordnung das Rohgewicht der Sendung und das Nettogewicht jeder Warengattung je wenigstens auf volle 100 Gramm genau angegeben werden, um Schwierigkeiten bei der Verzollung und die Erhebung erhöhter Zollsätze zu vermeiden.

Stuttgart, 3. Okt. (Württembergischer in Berlin.) Dr. Emil Georg v. Stauff, das auch in Württemberg in weiten Kreisen wohlbekannte Vorstandmitglied der Deutschen Bank in Berlin, kann das Jubiläum seiner 25jährigen Zugehörigkeit zur Deutschen Bank feiern. Der Jubilar, der erst im Alter von 47 Jahren steht, ist unbestreitbar mit einer der hervorragendsten Erscheinungen des Direktoriums der Deutschen Bank und hat sich namentlich auch in der Erdölindustrie eine führende Stellung zu schaffen verstanden.

Aus der Tarifbewegung. Der Multiplikator für die Industrieangehörigen ist diese Woche 79 722 620.

Neue Preise für markenfrees Brot. Die Bäckereiarbeit hat die Preise erhöht: ein Kilo markenfrees Schwarzbrot 18 Millionen, ein Kilo Weißbrot 22 Millionen, ein Brötchen, Wecken usw. 1 Million. Die Backweise werden um 50 Prozent erhöht.

Wöppingen, 3. Okt. Hier starb 80 Jahre alt Schreinermeister Wieland, der von 1907-1912 als demokratischer Abgeordneter dem Reichstag angehörte, die Reichstagsmitglieder von 1866 und 1870/71 mitgemacht hatte und sonst beruflich und gemeindepolitisch in hohem Ansehen stand.

Salach, Ost. Wöppingen, 3. Okt. (Obstdiebstahl.) Vor einigen Wochen erwachte ein hiesiger Bauer mehrere Bäume beim Obstdiebstahl. Er wollte sie festnehmen, bzw. verjagen, wurde aber derart verurteilt, daß er heute noch das Bett hüten muß. Gestern sind demselben Bann am hellen Tage drei Bäume mit Äpfeln vollständig geleert worden. Die Täter sind entkommen.

Geislingen, 3. Okt. (Demokratische Jugendtagung.) Kürzlich fand hier die jährliche Herbsttagung der Deutsch-demokratischen Jugend Württembergs statt. Die Vertreterversammlung nahm eine Entschließung an, in der sie sich zur großdeutschen Reichseinheit bekannte und gegen Bruderkrieg, Klassenkrieg und Sonderbrödel ausdrückte. In öffentlicher Versammlung sprach dann der bayerische Jugenddemokratenführer Ständt-Nürnberg über die nationalen und sozialen Aufgaben der Jugend.

Hottweil, 3. Okt. (Tödlicher Unfall.) Am 1. Sept. Schwarzen Kessel wurde ein 12 Jahre alter Knabe tot aufgefunden. Er hatte den dort befindlichen eisernen Kessel bestiegen, kam mit der elektrischen Starkstromleitung in Berührung und stürzte auf den Betonsockel ab.

Weikersheim, 3. Okt. (Hohes Pachtgeld.) Die Winterachswäde, welche mit 300 Stück besetzt werden kann, wurde auf 1 Jahr verpachtet, und zwar auf der Grundlage von Materialien. Nach dem heutigen Geldwert belief sich die Pachtsumme über 300 Millionen.

Zur Innerpolitischen Lage.

Die „Schwab. Tagwacht“ schreibt:

Zufällig haben schon vor mehreren Wochen Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Zentrumspolitikern mit dem Ziel der Herbeiführung der Deutschnationalen in die württembergische Regierung begonnen. Diese Verhandlungen sind durchaus nicht gescheitert. Im Gegenteil sind sie von beiden Seiten im Geiste der größten Konzilianz geführt worden. Von Seite des Zentrums hat man sogar dem bürgerparteilichen Ansinnen, die Deutschnationalen auszuscheiden, durchaus williges Gehör geschenkt.

Wir möchten hinter diese ganze Kombination ein großes Fragezeichen machen: Immerhin muß gesagt werden, daß die gegenwärtige Regierung, die sich nur aus Zentrum und Demokratie mit je 2 Ministern zusammensetzt, eine Minderheitsregierung ist, also im Parlament sich auf keine Mehrheit stützen kann. Da wäre es schon möglich, daß man regierungsfähig nach rechts und links ansieht, wie man sich die Mehrheit in kritischen Fragen sichert.

Zur Aufhebung der Fideikommiss.

Stuttgart, 3. Okt. Der Fideikommiss-Ausschuß des Landtags begann mit der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Aufhebung der Fideikommiss. Die Sozialdemokratie hatte hierzu, da sie die Regierungsvorlage grundsätzlich verwirft, einen völlig neuen Gesetzesentwurf eingebracht, wonach die Fideikommiss, Lehen- und Stammgüter mit sofortiger Wirkung aufgehoben und das gesamte Vermögen gegen angemessene Entschädigung in das Eigentum des Staats übergehen soll. Ferner hatte die Sozialdemokratie hierzu eine Entschädigung beantragt, die Regierung möge als-

balb schließen lassen, auf welcher Rechtsgrundlage die Fideikommiss, Lehen- und Stammgüter in Württemberg zustande gekommen seien. Justizminister Bauerle bezeichnet den sozialdemokratischen Antrag für rechtlich nicht zulässig. Sowohl die Reichsverfassung als auch die württ. Verfassung stehen auf einem anderen Boden. Die Verfassung lasse zwar die Entlegung volkswirtschaftlich schädlichen Großgrundbesitzes zu, aber das könne nicht von dem Fideikommissbesitz schlechthin gesagt werden. Von einem Vertreter der Demokratie wurde beantragt, den Art. 2, Abs. 1 zu streichen. Durch diesen Antrag würden die Rechte der bisherigen Anwärter aufgehoben und es würde beim Ableben des jetzigen Fideikommissinhabers das gesetzliche Erbrecht eintreten. Die Demokratie verlangte auch, daß bezüglich der Bedingungen ein Vorlaufsrecht des Staates, bezüglich der landwirtschaftlich benutzten Grundstücke ein Vorlaufsrecht der Gemeinden geschaffen werden soll. Die übrigen bürgerlichen Parteien stellten sich im wesentlichen auf den Boden der Regierungsvorlage. Bei der Abstimmung wurde der entscheidende Art. 2 der sozialdemokratischen Vorlage mit 10 gegen 5 Stimmen (Soz.) und 3 Enthaltungen (Dem.) abgelehnt; ebenso wurde auch die sozialdemokratische Resolution mit 10 gegen 4 Stimmen (Soz. und Dem.) verworfen und dann die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bei Enthaltung der Demokratie angenommen.

Anzeitgemäße Steuerpolitik.

Aus Berlin schreibt man uns: Steuern können dazu führen, die Produktion zu belegen. Die Unternehmungen können durch Steuern dazu angehalten werden, gezwungen werden, die Betriebe in technischer und organisatorischer Beziehung zu verbessern, um trotz erhöhter Steuerabführung die Gewinnchancen nicht zu verlieren. Die Voraussetzung bei einer derartigen Steuerpolitik ist aber, daß sie das Augenmaß dafür hat, wann die Steuerlasten stark genug angezogen ist. Von dem Steuerprogramm der drei freigeberischen Parteienverbände (A. D. G., A. S., A. D. B.) kann man nicht sagen, daß es von diesem Gesichtspunkte aus angefaßt ist. Denn darüber werden sich die Gewerkschaften auch klar sein, daß die Steuern von der Wirtschaft erarbeitet werden müssen.

Offenbar aus agitatorischen Gründen wird noch einmal das Plakat „Erfassung der Sachwerte“ groß aufgerichtet. Alle Körperschaften auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes zur Körperschaftsteuerzahlung verpflichtet sollen ihre Kapitalanteile um ein Drittel erhöhen und dieses an das Reich abführen, von jeder weiteren Kapitalerhöhung sollen 25 Prozent ebenfalls in die Reichskasse wandern. Soweit die Körperschaftsbildung noch nicht durchgeführt ist, soll sie zwangsweise vorgenommen werden bei all den Unternehmungen, die mehr als 100 Arbeitnehmer beschäftigen oder mehr als eine Million Mark Grundkapital haben. Ferner soll der Grundbesitz im Inlande mit einer Grundschuld belastet werden zu Gunsten des Reiches, ausgenommen sind vorläufig noch die unter die Zwangsbevirtschaftung fallenden Reichsbäuer.

Mit dieser „Erfassung der Sachwerte“ sind wir nun glücklicherweise bei der dritten angelangt. Zunächst hat der Reichsfinanzminister Dr. Stresmann den Reparationsgläubigern als Pfandobjekt nicht nur das Eigentum der öffentlich rechtlichen Körperschaften angeboten, sondern er ist darüber hinausgegangen mit dem Versprechen, das Privateigentum dazu heranzuziehen. Zum zweiten wird der deutsche Privatbesitz mit einer Zwangshypothek belegt zum Zwecke der Bildung einer Uebergangswährung. Und nun kommen die Gewerkschaften und wollen aus steuerpolitischen Gründen abremeln das Privateigentum in Anspruch nehmen. Ganz abgesehen davon, daß der Durchführung einer solchen Steuerbelastung die eben gekennzeichneten außen- und währungspolitischen in Aussicht genommenen Maßnahmen entgegenstehen, werden auch die Gewerkschaften zugeben müssen, daß man über eine gewisse Belastung des Privatbesitzes nicht hinausgehen darf; denn sonst stellt man die Kreditwürdigkeit der Unternehmungen in Frage. Darunter ist nicht nur ausländischer Kredit, sondern auch inländischer Kredit zu verstehen. Ueberlegt man sich weiter, daß es gerade die starke Seite des deutschen Unternehmers ist, in der Ausnutzung des Kredites, nicht zuletzt zum Wohle der Arbeiter und der stark anwachsenden deutschen Bevölkerung, waghalsig zu sein und damit unter Ausnutzung großer Risiken die Wirtschaft zu hefruchten, so genügt allein dieser Hinweis, um zu zeigen, welche weittragenden Folgen ein derartiger steuerpolitischer Eingriff haben muß. Es wäre zu wünschen, daß die Sozialdemokratie den ihnen nahestehenden Gewerkschaften die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten einer geordneten Steuerpolitik klarlegt; denn die Sozialdemokratie ist als Regierungspartei mit verantwortlich für eine derartige Politik, wenn sie zur Tatsache werden soll. Der zweite Punkt des Steuerprogramms betrifft die Neuregelung des Erbrechtes. Beträgt die Erbmasse über 100 000 Goldmark, so tritt das Reich als Miteigentümer an dem Nachlaß auf, außerdem wird das Erbrecht begrenzt auf die Verwandten erster und zweiter Ordnung. Diese besondere Regelung ist vollkommen überflüssig, sie läßt sich in viel besserer Weise durch eine geschickte Staffelung der Steuerhöhe erreichen, schädigt nicht die Kapitalbildung und erhält den Sparplan, der nun einmal der Anfang jeder Kapitalbildung ist.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt das Programm der Besteuerung der Landwirtschaft. Wir sind mit den Gewerkschaften darin einig, daß eine neue Bewertung des Bodens vorgenommen werden muß; aber warum sich die Gewerkschaften einmal überlegen, wie lange die Aufstellung eines neuen Katasters dauert, so werden sie einsehen, daß ihre jetzigen Vorkämpfe für die augenblickliche Not-

lage des Reiches überhaupt nicht in Frage kommen. Auch bezüglich der Verbrauchsteuer können wir dem freigeberischen Steuerprogramm nicht zustimmen, daß die Bildung von Monopolen für Konsumgüter vorzuziehen ist. Dagegen sind wir einverstanden mit einer scharfen Besteuerung von Luxusartikeln; es wäre sogar zu überlegen, ob man die Verbrauchsteuern, die sich durch Verwaltungsausgaben aufreissen, nicht überhaupt abbaue und dafür eine leichte Erhöhung der Umsatzsteuer vornimmt. Ueberflüssig zu sagen, daß wir für eine durchsichtige Steuerabführung schon immer eingetreten sind.

Ganz unmöglich aber ist die Forderung der Gewerkschaften, daß die Betriebsräte Kontrolle und Gegenzeichnung bei Abführung der Steuern vornehmen; denn damit würde man die Betriebsräte halb und halb zu einer öffentlich rechtlichen Einrichtung machen, wo sie doch nur dazu mitwirken sollen, mit dem Unternehmer zusammen die gesunde Existenz des Unternehmens zu erhalten.

Der Reichsfinanzminister hat sich ebenfalls den Kopf darüber zerbrochen, wie er dem Reichsportemonnaie neue Einnahmen verschafft. Merkwürdigerweise steht er auf dem Standpunkt, daß durch die Einsetzung eines Multiplikators die Verbuchbarkeit bei der Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Vermögenssteuer schon erreicht ist. Man sollte annehmen, daß ihm klar ist, daß wertbeständige Steuern erst dann möglich sind, wenn man eine wertbeständige Währung, was mindestens eine wertbeständige Rechnungseinheit haben. Der Plan des Reichsfinanzministeriums sieht u. a. eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 1/2 Prozent vor und eine besonders scharfe Körperschaftsteuer, so scharf, daß sie untragbar ist und in ganz falscher Richtung wirken wird. Statt der Körperschaftsteuer sollte man lieber einmal die Zulassungen zur Börse prüfen und in Zukunft scharfer handhaben, wenn man auf diesem Wege der Spekulation Schranken setzen will.

So erfreulich es ist, so sehr es von Staatsbewußtsein zeugt, wenn Gewerkschaften sich über die Mittel des Reiches den Kopf zerbrechen, so ist die steuerpolitische Frage doch untrennbar mit der Währungsfrage verknüpft, und alle nun noch angestrebten und zu verwirklichenden Maßnahmen führen nur dazu, die Steuerabführung noch unübersichtlicher zu machen als sie schon ist, und dem Steuerzahler das Steuerzahlen noch unleidlicher zu machen.

Buntes Allerlei.

Familientragödie. Aus Hürth bei Nürnberg wird gemeldet: Ein hiesiger Fabrikantensohn, der an einem Lungenseiden kranke, verfuhr sich zu verheeren. Als seine zukünftige Mutter ihn daran hindern wollte, gab der junge Mann auf seine Mutter zwei Schüsse ab, welche in die Brust trafen. Hierauf stürzte er sich vom zweiten Stock aus dem Fenster und war sofort tot. Die Mutter starb im Laufe des Nachmittags.

Sechs Stück Großvieh bei einem „wildem“ Händler beschlagnahmt. Durch die Landesversicherungsanstalt wurde in den letzten Tagen in Holzkirchen in Bayern bei einem Viehhändler, der kein Handelsverhältnis besitzt, wegen Schleichhandels und Zurückhaltung von Vieh 6 Stück Großvieh beschlagnahmt; das Vieh wurde auf Anordnung des Badergerichts München auf dem Münchener Markt der Veräußerung zugeführt. Der Händler Abte schon seit Monaten ohne Erlaubnis der Viehhändler aus.

Furchtbare Selbstmord. Von der 70 Meter hohen Galerie des Turmes der Großen Michaelskirche in Hamburg stürzte sich die 19jährige Gattin eines Spaniers, Alicia Grau, herab. Der Körper schlug unmittelbar vor drei unten gehenden Arbeitern auf. Die Frau hatte ihren Gatten erst kürzlich in Mexiko kennen gelernt. Als sie dieser Tage auf einer Hamburger Bank Geld erheben wollte, erfuhr sie, daß ihr Mann unter Mitnahme des ganzen Geldes nach Spanien abgereist war.

Eine bulgarische Stadt durch Feuer verheert. Aus Sofia wird gemeldet: Ein heftiger Brand brach am 30. Sept. in der Stadt Braga aus. 200 Gebäude, darunter die Zweigniederlassung der Nationalbank und der Wirtschaftsbank wurden zerstört. Der Brand entstand durch Selbstzündung. Auch Menschenleben fielen dem Brand zum Opfer; ihre Zahl steht noch nicht fest.

Handel und Verkehr.

Dollar: Berlin 438 900 000 G., 441 100 000 Br.
Frankfurt 493 762 500 G., 496 237 500 Br.
1 Goldmark = 104 761 904 (76 380 952) Papiermark.
Amst. Berliner Zevisekurse vom Mittwoch, 3. Okt.:
Amsterdam 172 567 50 00., 173 432 500 Br.
Brüssel 22 144 500 G., 22 255 500 Br.
Christiana 69 625 500 G., 69 974 500 Br.
Kopenhagen 77 805 000 G., 78 195 000 Br.
Stockholm 116 000 000 G., 11 000 000 Br.
Italien 19 750 500 G., 19 849 500 Br.
London 1 995 000 000 G., 2 005 000 000 Br.
Paris 26 134 500 G., 26 265 500 Br.
Schweiz 78 403 500 G., 78 796 500 Br.
Spanien 58 682 500 G., 59 147 500 Br.
Deutsch-Oesterreich 618 4/5 G., 621 5/8 Br.
Prag 13 117 125 G., 13 182 875 Br.
Buenos Aires 145 635 000 G., 146 365 000 Br.

Wirtschaftszahlen vom Mittwoch:
Personenverkehrsindex 30 Mill.
Güterverkehrsindex 36 Mill.
Büchler-Schlüsselzahl (ab 3. Okt.) 50 500
Buchdrucker-Schlüsselzahl (ab 6. Okt.) 3,6 Mill.
Zeitungsanzeigen-Schlüsselzahl 50 000.



Zusammenfassendes Ergebnis der Goldanleihe. Das Ergebnis der Goldanleihe steht nunmehr vorbestimmlich gerichtlich fest. 164 224 186 Mk. Gold wurden gezeichnet, und zwar gegen 129 788 144 Mk. Gold, gegen Devisen 30 852 809 Mk. Gold, gegen Dollarkaufanweisungen 2 596 552 Mk. Gold und gegen Goldmarkquittungen 956 030 Mk. Gold.

Die neue Hotelkassenzahl. Der Hotel- und Bäderlande rief auf 30 Millionen erhöht worden. Er betrug am 22. Sept. 17 Mill., am 25. Sept. 23 Mill., am 27. Sept. 25 Mill.

Konkurse im 3. Vierteljahr 1923. Die Zahl der neuen Konkurse sinkt von Monat zu Monat. Im 3. Quartal des laufenden Jahres sind in Deutschland nach einer Zusammenstellung der „Bank“ nur 32 Konkurse eröffnet worden, gegen 110 im 2. Quartal und 175 im 3. Quartal 1922. Bemerkenswert ist, daß der Prozentsatz der mangeln Masse abgelehnten Konkursverfahren erheblich niedriger ist.

Stuttgarter Börse, 3. Okt. Der weitere katastrophale Verfall der Markt veranlaßte die Spekulation und die Banken zu Rückkäufen, so daß die Kurse starke Erhöhungen gegenüber der letzten Börse aufweisen konnten. Manche Werte gaben allerdings nach, wie Krumm um 20, Magirus 15, Vereinsbuchhandlung 10. Stark begehrt waren Anilin, Salzwerk Heilbronn, Stuttgarter Zucker, Baumwollspinnerei Eßlingen. — Der Freiberger Bergbau neigte anfangs zur Schwäche, konnte aber später eine feste Grundstimmung aufweisen.

Neue Hasenpreise. Die wirtl. Forstverwaltung darf für ihre Selbstverwaltungsgebühren bestimmen, daß wegen des schwankenden Geldwerts der Hasenpreis nach dem Grundpreis für 3 kg. Rehwildpret, der wiederum nach dem Stuttgarter Marktpreis vom Lebendgewicht der Käber angelegt wird, künftig berechnet werden soll. Darnach dürfte jetzt ein ganzer mindestens 6 Pfund schwerer Hase auf rund 140 Millionen M. zu stehen kommen. Da ein gutes Hasenjagd zu erwarten ist, werden die Jäger gute Einnahmen haben.

Letzte Nachrichten.

Zum Rücktritt des Kabinetts Stresemann.

WTB. Berlin, 4. Oktober. In parlamentarischen Kreisen hört man, daß das zurückgetretene Kabinett Stresemann in der Absicht, die Schaffung einer neuen Währung durch eine wirksame Produktionspolitik zu unterstützen, im Rahmen außerordentlicher Vollmachten auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialpolitischem Gebiet auf drei Wegen vorgehen wolle. Einmal sollten stark beschützende Maßnahmen werden. Sodann sollte die Preisbildung in andere Bahnen gelenkt und der Monopolwirtschaft und den Preisverrentungen der Kartelle entgegengetreten werden und schließlich sollte die Produktion im Bergbau durch Erhöhung der Arbeitszeit gesteigert, aber auch auf anderen Gebieten eine Erhöhung der Arbeitszeit

eingeführt werden. Sachlich war in diesen Punkten innerhalb des Kabinetts eine weitgehende Übereinstimmung vorhanden, die jedoch bei den Fraktionen sich nicht erreichen ließ. Die Verhandlungen, die die Einigung hätten bringen sollen, drehten sich schließlich nur noch um die Frage, ob der Erwidrigungsantrag der Reichsregierung auch für die soziale Gesetzgebung gelten soll. Diese Frage ist von der sozialdemokratischen Fraktion mit 61 gegen 53 Stimmen, also mit einer geringen Zufallsmehrheit, abgelehnt worden. Um eine Verlängerung der Krise zu vermeiden, hat dann die Regierung beschlossen, ihre Gesamtmission anzubieten. Bei der Neubildung des Kabinetts, die Dr. Stresemann auf Ersuchen des Reichspräsidenten übernommen hat, soll, wie man hört, aus Gründen der Sparlichkeit eventuell eine Verringerung der neu zu besetzenden Ministerposten in Frage kommen. In diesem Falle gilt es als nicht ausgeschlossen, daß die Neubildung des Kabinetts rascher vor sich gehen kann.

Die deutschnationale Volkspartei fordert Schluß der Kompromißpolitik.

WTB. Berlin, 4. Okt. Die Reichsblätter veröffentlichen einen Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei, der fordert, daß mit der Kompromißpolitik Schluß gemacht werde und die Sozialdemokraten aus der Regierung entfernt werden.

Der amtliche Mittelkurs.

WTB. Berlin, 3. Oktober. (Mittteilung der Reichsbank) Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute, am 3. Oktober 1923 440 000 000.

Dem besiegten Gedlet.

WTB. Münster, 3. Okt. Im Hammer Bezirk sind die Belegschaften der Zechen überall eingefahren. Nur auf der Zeche „Normann“ in Löhnen trat ein Teil der Morgenschicht in den Streik.

In Dortmund beginnen die Franzosen mit dem Abtransport der Kohlenvorräte des Eisenwerkes „Rote Erde“. Bei der Unterredung des Vertreters der Röhder Polizeiverwaltung mit der Besatzungsbehörde erklärte diese, daß sie die Zulassung staatlicher Polizei bei Unruhen nicht dulden werde, sondern daß im Bedarfsfälle französische Militär zur Unterdrückung von Demonstrationen und Unruhen hinzugezogen werden würde.

Der holländische Staatsangehörige van Delmen, Direktor der Zeche „Mont Cenis“ ist wegen angeblicher Beleidigung französischer Soldaten ausgewiesen worden.

Die Bedingungen der Franzosen zur Wiederaufnahme der Arbeit.

WTB. Münster, 4. Okt. In Münster wurden Abordnungen aller Gewerkschaften durch den Adjutanten des Generals Degoutte empfangen. Wegen der Wiederaufnahme der Arbeit wurden französische folgende Bedingungen gestellt: 1. Abschaffung des Betriebsratsgesetzes. 2. Ein-

führung der 10stündigen Arbeitszeit und Unflexibilität. 3. Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeitsarbeit, widrigenfalls Maßnahme erfolgt. 4. Für die Eisenbahnen gelten die bereits bekanntgegebenen Bedingungen. 5. Unterdrückung jeder Auflehnung mit Waffengewalt. 6. Verschärfung des Strafbuchgesetzes.

Neue französische Diebstähle.

WTB. Münster, 4. Okt. Die Franzosen haben einen Voten der Zeche „Bruchstraße“ 2 Billionen Lothgelber weggenommen. Auf der Zeche „Bismarck“ wurden 1,2 Billionen Lothgelber beschlagnahmt. Bei einem Eisenbahnschaffner in Langendreer wurden 1,344 Billionen Lothgelber, bei dem „Schumerer Verein“ 650 Milliarden Lothgelber fortgenommen. In Dortmund beschlagnahmte ein französischer Kriminalbeamter 9,4 Billionen Mark Notgeld.

Wegen ihrer Stillhaltung von den Franzosen des Nordes angeklagt.

WTB. Düsseldorf, 4. Okt. Der Polizeibezirksrat der Stadt Düsseldorf, Polizeioberinspektor Dr. Haak, ferner Polizeioberinspektor Höpfer, Kriminalinspektor Wollenberg, der Kommandeur der Schutzpolizei, Major Engel, und Leutnant Vogt sind gestern Vormittag vom französischen Kriegsgewicht in der Voruntersuchung wegen der Vorfälle vom letzten Sonntag vernommen worden. Die Anklage lautet auf Hochverrat.

Eine Richtigerklärung.

WTB. Berlin, 3. Oktober. In Richtigerklärung einer heute morgen in Presse verbreiteten Nachricht, daß der englische Vertreter in der interalliierten Rheinlandskommission Gewerkschaftsvertretern erklärt haben sollte, die Rheinlandskommission verlange nicht den Dienst der deutschen Eisenbahnen auf die Regierungverwaltung, teilen die Blätter mit, daß der englische Delegierte nur erklärt habe, er habe keine offizielle Kenntnis von einer solchen Anweisung.

Weiße Raben.

WTB. London, 4. Okt. Lord Kelvin erklärte in seiner Rede in Manchester, die Ruhrpolitik Frankreichs stelle eine unverzeihliche Exzentrizität für eine Nation wie Frankreich dar, denn sie mache Reparationen unmöglich. Es sei wünschenswert, einen Mann zu ernennen, der an Händen und Füßen gebunden ist. Die Geschichte des deutschen Widerstands, der jetzt zu Ende gehe, werde als Beispiel für Ausdauer und Festigkeit fortbestehen.

Wetterwärtliches Wetter.

Ein Nachzügler der letzten Störung, der aus Nordwesten stammt, wird am Freitag bei bewöltem Himmel etwas regnerisches Wetter und mäßig kühle Temperatur bringen. Später wird wieder Besserung eintreten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck am Bal., der an. Arbeiterischen Buchverlagsanstalt.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Ortspolizeibehörden werden hienit auf den Erlass und die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 25. Sept. 1923, betr. Erhöhung der Beschlagnahmen und Reisevergütungen für Schlachtvieh- und Fleischbeschau- und der Beschlagnahmen, Staatsanz. vom 27. 9. 1923 Nr. 226, hingewiesen.

Die Anpassung der Beschlagnahmen, Reisevergütungen und Gebühren bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau an die Steuererhöhung nach Maßgabe von Ziff. I und II der genannten Verfügung und Ziffer 1 und 2 des obigen Erlasses ist sofort in Angriff zu nehmen und sorgfältig fortzuführen.

Vollzugsbericht ist bis spätestens 20. Oktober 1923 zu erstatten.

Ragold, den 2. Okt. 1923. Oberamt: Ranz.

Sandwirtschaftliche Winterschule Calw.

Laut Mitteilung des Vorstandes sind zum Besuch der landw. Winterschule Calw aus dem hiesigen Bezirk sehr wenig Schüler angemeldet worden. Ich mache daher darauf aufmerksam, daß die Anmeldedfrist bis 20. Oktober ds. J. verlängert worden ist.

Ragold, den 2. Okt. 1923. Oberamt: Ranz.

Mekgerinnung Ragold.

Sonntag, 7. Oktober, nachm. 4 Uhr Bollversammlung, Traube in Ragold. Präzises und vollständiges Erscheinen notwendig. Ausschreibung um 3 Uhr.

Von heute an ist mein Geschäft bis auf weiteres

geschlossen.

Fr. Bruder z. Grünen Baum Althalden.

Alle Druckerarbeiten

für den privaten, geschäftlichen und amtlichen Verkehr liefert in kürzester Zeit und in sauberster Ausführung bei billigen Preisen die

W. Rieker'sche Buchdruckerei Altonsteig.

Zwezenberg.



Langholz Verkauf.

Die Gemeinde verkauft am Montag, den 8. Oktober, mittags 1 Uhr auf dem Rathaus

38 Fhm. Langholz meist Lannen gegen Bezahlung in Goldmark.

Der Gemeinderat.

Forstamt Altensteig.

Die Bachverbannung

in Wdt. VII. 5 Hochbrunnen der Gut Spielberg wird am Samstag, 6. Okt., vorm. 11 Uhr auf der Forstamtskanzlei im öffentlichen Aufsteich vergeben. Der Ueberschlag kann daselbst eingesehen werden.



WHITE STAR LINE AMERICAN LINE

Regelmäßiger Passagier-Dampfer-Verkehr
HAMBURG — NEW-YORK
BREMEN — NEW-YORK
mittels modern eingerichteter Doppelschrauben- und Dreischrauben-Dampfer

Manchuria * Mongolia
Finland * Kroonland * Minnekahda
Pittsburgh * Canopic

Wöchentliche Abfahrten — Hervorragende Einrichtung der Kajüte und dritten Klasse — Vorzügliche Verpflegung
Nähere Auskunft und Platzbelegung durch die Vertretung in Altensteig: Wilhelm Rieker, Privatmann.



Inserate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Kennen Sie schon

die führende Jagdzeitschrift Deutschlands? Es ist die monatlich 3 mal erscheinende

„Hege und Jagd“

Bestellen Sie sich noch heute eine Probe-Nummer gegen Selbstkostenberechnung von der Vertriebs-Abteilung in

Dillingen-Donau (Bayern)

Zum

Berband

empfiehlt

Frachtbrieft
Begleitadressen
Unhängeadressen
Aufklebadressen
Packpapiere
Weiß Einwickelpapier
Pergament-Ersatz
Echt Pergament

die
W. Rieker'sche Buch-
druckerei

Etwas Gutes

für Haar u. Haarboden ist echtes
Brennholz-Haarwasser
mit den 3 Brennholz-
Apotheken Altensteig.